

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/150

11. August 1975

Auf dem Weg für den Frieden

Zum fünften Jahrestag des deutsch-sowjetischen Abkommens

Von Dr. Hermann Schmitt-Vackenhausem MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Mitglied
des Auswärtigen Ausschusses

Seite 1 und 2 / 52 Zeilen

Bonn für friedliche Nahost-Regelung

Entschiedene Ablehnung der Bestrebungen zu einem
UN-Ausschluß Israels

Von Günther Metzger MdB
Stellv. Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundes-
tagsfraktion und Vorsitzender der Deutsch-Israelischen
Parlamentariergruppe

Seite 3 / 33 Zeilen

Vertrauen für die Gewerkschaften

Analyse räumt mit Klischees gegen Arbeitnehmervertre-
tungen auf

Von Günter Stephen
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des
Deutschen Gewerkschaftsbundes

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach 120 408
Präsidentenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 39
Telefax: 02 55 645 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 6811

Auf dem Weg für den Frieden

Zum fünften Jahrestag des deutsch-sowjetischen Abkommens

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Wie in der ersten Phase der deutschen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg Konrad Adenauer die Grundlagen für die Freundschaft und das Bündnis mit dem Westen bereitet hatte, so ist durch Willy Brandt mit dem vor nunmehr fünf Jahren in Moskau unterzeichneten Vertrag zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland ein wesentliches Fundament für die Verständigung mit dem Osten gelegt worden.

In den 60er Jahren hatte sich immer deutlicher gezeigt, daß die beiden Weltmächte USA und UdSSR in den verschiedensten Krisengebieten Entspannung und ein Miteinander im Interesse des Friedens suchten. Die Bundesrepublik stand vor der schwierigen Frage und Aufgabe, wie sie sich in ihrer völlig anderen Position, die nicht zuletzt durch die Teilung Deutschlands und die mit besonderen Schwierigkeiten belastete Lage in der Mitte Europas bestimmt war, orientieren sollte.

Der am 12. August 1970 von Bundeskanzler Willy Brandt und Bundesaußenminister Walter Scheel in Moskau geschlossene Vertrag hat 25 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen Ausgleich mit der Sowjetunion gebracht und war Auftakt für die in die gleiche Richtung zielenden Verträge vom Dezember 1970 mit Polen, 1972 mit der DDR und schließlich 1973 mit der CSSR. Zum ersten Male ist es der Bundesrepublik in diesen Verhandlungen gelungen, in vollem Vertrauen unserer Verbündeten die Politik des Ausgleichs mit dem Osten zu gehen, und in diesen fünf Jahren ist kein

Schatten auf das Bündnis, das uns Sicherheit und Freiheit gibt, gefallen.

Die Westmächte haben diese Politik bis zuletzt dadurch unterstützt und ermöglicht, daß sie durch das Berlin-Abkommen der Vier Mächte am 3. September 1971 Berlin in den Prozeß der Entspannung einbezogen und immer wieder als Prüfstein für die weitere Entwicklung betrachtet haben. Mit diesen Verträgen, die den allgemeinen Bemühungen um Entspannung vorge-schaltet werden mußten, war der Weg frei für Verhandlungen über die Ver-besserung der Beziehungen zwischen Ost und West im gesamteuropäischen Rahmen unter Einbeziehung der USA. Diese Bemühungen haben sich nach jahre-langen Verhandlungen in der Unterzeichnung der Konferenzdokumente der KSZE am 30. Juli 1975 in Helsinki niedergeschlagen. In diesem Sinne hat die politische Vernunft den Weg vom "kalten Krieg" zum "kalten Frieden" - wie ein Kommentator einmal geschrieben hat - gefunden.

Helsinki hat Hoffnungen gebracht. Jetzt geht es darum, sie Stück für Stück in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Gespräche in Wien über die beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierung können weitergeführt wer-den und zu Ergebnissen kommen. Wir erinnern uns in diesen Tagen aber auch an unmittelbare Erfolge dieser Vereinbarungen. So hat sich das Han-delsvolumen mit den Ostblockstaaten bei einem Betrag von 22,4 Milliarden DM im Jahre 1974 seit 1971 mehr als verdoppelt und unsere Exporte in diese Länder sind im gleichen Zeitraum sogar auf das Dreifache gestiegen.

Wenn darüber hinaus auch wesentliche Verbesserungen im Bereich der menschlichen Kontakte erzielt werden konnten, so läßt sich heute sagen: Der vor fünf Jahren begonnene Weg war und ist sicherlich schwer, aber es lohnt sich für die Zukunft und den Frieden, ihn weiterzugehen.

(-/11.8.1975/schßen/sab)

+ + +

11. August 1975

Bonn für friedliche Nahost-Regelung

Entschiedene Ablehnung der Bestrebungen zu einem UN-Ausschluß Israels

Von Günther Metzger MdB

Stellv. Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion
und Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentarierg ppe

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland hat sich die Bundesregierung zum Universalitätsprinzip der Vereinten Nationen bekennet: Mitgliedschaft in der Weltorganisation ohne Rücksicht auf das Regierungs- oder Gesellschaftssystem eines Staates. An dieser Haltung hat sich auch nach Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Vereinten Nationen nichts geändert. Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher haben das vor kurzem noch einmal bekräftigt. Die Bundesregierung findet dabei die uneingeschränkte Zustimmung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

Jede Durchbrechung dieses Prinzips wäre der Anfang vom Ende der Vereinten Nationen. Politische, ideologische, rassische oder religiöse Kriterien würden zum Maßstab für die Mitgliedschaft; machtpolitische Interessen, Zweckbündnisse und Opportunismus entschieden über den Ausschluß eines Staates. Alle Bemühungen um ein friedliches Zusammenleben der Völker, so unzulänglich sie in der Vergangenheit bisweilen waren, wären endgültig zum Scheitern verurteilt. Neue Krisenherde, die Verschärfung bestehender Spannungen und neue kriegerische Konflikte wären die Folge. Man würde die Vereinten Nationen nicht nur jeden Einflusses berauben, sondern die ausgeschlossenen Staaten auch von jeder Verpflichtung entbinden.

Deshalb ist jeder Versuch, die schwierigen Probleme im Nahen Osten mit dem Ausschluß Israels aus der Weltorganisation zu lösen, ein Spiel mit dem Feuer. Er wird auf den entschiedenen Widerstand der Bundesrepublik Deutschland stoßen, die sich in dieser Frage nicht nur mit ihren westlichen Verbündeten, sondern auch mit zahlreichen "neutralen" Staaten einig weiß. Die Mehrheitsentscheidung der Organisation der afrikanischen Staaten in Kampala hat das bestätigt.

Die Bundesrepublik wird auch in Zukunft in zweiseitigen Gesprächen und im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft ihren ganzen Einfluß geltend machen, um auch im Nahen Osten zu einer friedlichen Regelung der Probleme zu kommen, die auf der einen Seite das Existenzrecht und die Sicherheit Israels einschließen und auf der anderen Seite die Interessen der arabischen Staaten berücksichtigen muß. (-/11.8.1975/ach/ben/hh)

+ + +

Vertrauen für die Gewerkschaften

Analyse räumt mit Klischees gegen Arbeitnehmervertretungen auf

Von Günter Stephan

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des
Deutschen Gewerkschaftsbundes

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten stehen die Gewerkschaften besonders im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Aufmerksamer und kritischer als sonst werden ihre Aktionen beurteilt. Um so mehr Anlaß für den Deutschen Gewerkschaftsbund, sein Vertrauen und seine Resonanz unter der Bevölkerung, speziell unter den Arbeitnehmern, auszuloten. Eine vom DGB in Auftrag gegebene aktuelle infas-Untersuchung erbrachte dazu aufschlußreiches Material.

Für weniger gewerkschaftsfreundlich gestimmte Presseorgane, wie z.B. die Springer-"Welt", bot sich eine willkommene Gelegenheit, nur die negativen Seiten dieser Untersuchung herauszustellen und damit das Klischee vom "drohenden Gewerkschaftsstaat" weiter zu untermauern. Von einer Aversion gegen die Gewerkschaften, wie sie dem Wunschdenken mancher Kreise entspricht, kann aber nach dieser Untersuchung nun absolut nicht die Rede sein. Der überwiegende Teil der Befragten, nämlich 63 vH, befürwortet die Notwendigkeit der Gewerkschaften, 21 vH halten sie für zum Teil notwendig und lediglich 11 vH meinen, daß man auch ohne sie auskommen könne.

Es sind vor allem zwei Funktionen der Gewerkschaften, die sie den Arbeitnehmern als unentbehrlich erscheinen lassen: die direkte Interessenvertretung und die Schutzfunktion. Dies gilt in gleichem Maße für Mitglieder wie Nichtmitglieder. Auch die Ermittlung des Sympathiepiegels, eine direkte Form der Image-Messung, erbrachte Werte, die sich trotz einiger Schwankungen stets weit im positiven Bereich bewegen. Erhärtet werden diese Angaben durch einen allein im letzten Jahr um rund 250.000 auf 7,405 Millionen gestiegenen Mitgliederstand der DGB-Gewerkschaften.

Als nicht haltbar hat sich nach dieser Untersuchung die Polemik vom "Gewerkschaftsstaat" erwiesen, die in der Bevölkerung kaum einen Rückhalt

het. Den größten Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik sprechen nämlich 35 vH der Befragten den Unternehmern, 32 vH dem Staat und lediglich 15 vH der Befragten den Gewerkschaften zu. Um so mehr gewinnt die Forderung nach Mitbestimmung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene an Gewicht, wie diese Untersuchung zeigt.

In der Reihenfolge der von den Gewerkschaften zu lösenden Aufgaben liegt die Mitbestimmung auf den ersten vier Plätzen. Bei den gewerkschaftlich aktiven Arbeitnehmern nimmt sie den ersten Platz ein, gefolgt von der betrieblichen Berufsausbildung, den Arbeitsbedingungen und der Wirtschaftspolitik. Von den Arbeitnehmern generell wird ihr der dritte Platz zugesprochen, während betriebliche Berufsausbildung und die Arbeitsbedingungen davor rangieren. Selbst die Bevölkerung insgesamt sieht die Mitbestimmung als viertwichtigste Aufgabe der Gewerkschaften an.

Interessant ist, welche Erwartungen an die Mitbestimmung geknüpft werden. Hier stehen die konsequentere Vertretung sozialer Fragen und der Einkommensinteressen der Arbeitnehmer nach wie vor an erster Stelle. Während bei den Arbeitnehmern generell die Reihenfolge der von der Mitbestimmung zu lösenden Aufgaben wie folgt aussieht: soziale Fragen, Löhne und Gehälter, Einstellungen und Entlassungen, Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen ergibt sich bei Arbeitnehmern in Großbetrieben folgende aufschlußreiche Rangfolge: Einstellungen und Entlassungen, soziale Fragen, Löhne und Gehälter, Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen.

Zunehmend wird die Mitbestimmung als Möglichkeit eingeschätzt, auf zentrale unternehmenspolitische Entscheidungen Einfluß zu nehmen. Dazu zählen große Investitionsvorhaben, von deren Rentabilität Arbeitsplatzsicherheit und Einkommensentwicklung der Beschäftigten insgesamt oder in einzelnen Unternehmensteilen abhängen. Ein Viertel der Arbeitnehmer und ein Fünftel der Bevölkerung sehen diese Einwirkung auf wichtige unternehmerische Entscheidungen heute bereits als maßgebliches Anliegen der Mitbestimmung durch die Arbeitnehmervertreter und die Gewerkschaften an.

(-/11.8.1975/bgy/e/aab)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert